



.06 Letzte Gelegenheit für eContent-Förderungen

[Roland Kissling](#)

22|11|2005

IBM

ON DEMAND BUSINESS

Mit Lösungen und Angeboten für KMU

Erfahren Sie mehr ▶



Das [eContentPlus](#) Programm der europäischen Kommission bietet auch österreichischen Unternehmen ausgezeichnete Fördermöglichkeiten. Aber nur mehr ganz kurze Zeit – Die Einreichfrist endet nämlich am 24. November 2005 – der nächste Call wird erst wieder Mitte 2006 stattfinden. eContent plus ist ein marktorientiertes Programm der Europäischen Union. Das Ziel ist, die Entwicklung und Nutzung europäischer digitaler Inhalte in globalen Netzen und die Sprachenvielfalt in der Informationsgesellschaft zu fördern. Das im Dezember 2000 gestartete Programm hat ein Projektförderungs-Budget von immerhin 149 Mio. Euro, bevorzugt mit öffentlichen Daten als Inhalt. Schwerpunkte sind geografische Information, sowie kulturelle, wissenschaftliche und Bildungs-Inhalte.

An den laufenden Projekten haben sich bereits einige österreichische Unternehmen und Institutionen beteiligt, ZB BEV, die APA, Termnet.at, die Stadt Wien, das Justizministerium, Environmental Software & Services www.ess.co.at, das Patentamt, tiscover, der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, die SüdOst Treuhand, Weberhofer Information Technologies, die TU Wien (Institut für Geoinformation), die Nationalbibliothek, und die Universität Wien als technischer Partner. Die geförderten Bereiche umfassen ZB Kartografie, Events, lexikalische Ontologien, Natursportarten, ein Sozial-Informationssystem oder ein Investment- und Wissensnetzwerk.

durchaus hoch, meint Datenschutz-Experte Rainer Knyrim von Preslmayr Rechtsanwälte. "Die vielen Beispiele zeigen, dass man mit neuen Ideen eine realistische Chance hat, eine Förderung zu bekommen. Die Zeit ist sehr günstig, nicht nur leichter in einem geregelten gesetzlichen Rahmen an öffentliche Daten zu kommen, sondern sich seine Projekte auch noch substantiell fördern zu lassen." Grund dafür ist das neue Informationsweiterverwendungsgesetz (IWG), das Zugang zu Dokumenten und Informationen der öffentlichen Hand auf Bundesebene regelt. Demnach sind öffentliche Stellen grundsätzlich verpflichtet, Dokumente und Daten gegen Entgelt freizugeben – ausgenommen wenn die Dokumente geistiges Eigentum Dritter enthalten oder das Datenschutzrecht dagegenspricht. Knyrim wird Details zum Gesetz, sowie förderungswürdige Anwendungen auch auf einem Seminar des BusinessCircle am 29.11. vorstellen.

[COMPUTERWELT.at letzte 10 Artikel](#)